

2. Jahresbericht des Präsidenten Roger Sträuli

Ich freue mich, bereits zum zweiten Mal hier zu stehen, um Euch über das vergangene Jahr der IG Starkes Ausserrhoden zu berichten. Im ersten Teil meiner Ausführungen möchte ich ein paar Gedanken zur laufenden Strukturdiskussion einbringen und dabei schwergewichtig auf die Sicht von Volk, Kanton und Gemeinden eingehen. Im zweiten Teil werde ich die letztjährigen Aktivitäten kurz Revue passieren lassen.

Im zweiten Jahr ihres Bestehens hat sich die Interessengemeinschaft zur Stärkung von Ausserrhoden erfreulich weiterentwickelt. Unsere Aktivitäten zeigten weiter Wirkung und waren gewiss mitausschlaggebend, dass der Regierungsrat das Thema „Strukturen von Kanton und Gemeinden“ als einer von drei Kernpunkten in das Regierungsprogramm 2016 – 2019 aufgenommen hat. Damit hat sich aber noch nichts verändert.

Gemäss Medienmitteilung vom 17. Dezember 2015 spricht sich der Regierungsrat für eine Totalrevision der Kantonsverfassung aus. In seinen Augen ist eine solche angezeigt, da verschiedene Themen Verfassungsänderungen voraussetzen. Dies betrifft z.B. Fragen rund um die Optimierung der Gemeindestrukturen, das breit diskutierte gemischte Majorz-/Proporzsystem bei den Kantonsratswahlen, aber auch das verschiedentlich geforderte fakultative Finanzreferendum. Doch was bedeutet das zeitlich? Eine Inkraftsetzung könnte frühestens im 2019 erfolgen. Erst dann ist der Weg für allfällige Strukturveränderungen geebnet. Ich wage keine Prognosen zu machen. Doch bis sich Ausserrhoden neuen Gemeindestrukturen erfreut, wird es noch Jahre dauern. Geduld und Durchhaltevermögen sind deshalb gefordert – auch von uns als IG. Hätte der Regierungsrat am ursprünglichen Fahrplan festgehalten, wäre es am 26. November dieses Jahres zur Abstimmung über den KV Art. 2 gekommen. Hypothesen bringen uns allerdings nicht weiter. Fakt ist, der politische Prozess nimmt einen anderen Weg. Der Vorstand hat sich deshalb entschieden, die weitere Entwicklung abzuwarten und seine Forderung nach Veränderung in Wort und Tat konsequent aufrechtzuerhalten.

Der Bericht des Regierungsrates, welcher im kommenden April zu erwarten ist, wird weitere Aufschlüsse für den weiteren Verlauf geben. Erfreulich ist, dass auch Mitglieder der IG in der vorbereitenden parlamentarischen Kommission vertreten sind. Ob diese ebenfalls zum Schluss kommt, dass eine Totalrevision Sinn macht, bleibt noch offen. Die IG jedenfalls wird sich im

Rahmen der Vernehmlassung einbringen. Die Arbeitsgruppe KV Art. 2, welche der Vorstand vor einem Jahr ins Leben gerufen hat, wird unter der Leitung von Annette Joos alsdann unter anderer Prämisse wieder aktiv werden und informieren.

In der Folge möchte ich den Fokus noch einmal verstärkt auf die Sicht von Volk, Kanton und Gemeinden richten und erlaube mir, eine etwas kritische Haltung einzunehmen, im Wissen, dass nicht Krisenstimmung herrscht, aber Handlungsbedarf besteht.

Volk: Diskussionen und Umfragen zeigen, dass sich die Bevölkerung für das Thema interessiert. Sie erkennt, dass die heutigen Strukturen die Gemeindeentwicklung in vielerlei Hinsicht einschränkt. Die Herausforderungen, mit welchen die Gemeinden zu kämpfen haben, sind bekanntlich vielseitig und kumulieren sich zunehmend. Die lokalen Nachrichten hinterlassen zwar keinen Eindruck von unüberwindbaren Schwierigkeiten und doch steckt in Tat und Wahrheit mehr dahinter. Nicht der Einzelfall als solcher ist das Problem, sondern die schleichende Häufung von Mängeln und Erfolglosigkeit in der Bewältigung der anspruchsvoller werdenden Verwaltungsaufgaben und Führung. Das Handicap der aktuellen Strukturen zeigt sich vielerorts auch dann, wenn es nur schon darum geht, die Verwaltungsaufgaben einer Gemeinde wirksam zu erfüllen oder gar personell sicherzustellen. Je kleiner die Gemeinde ist, desto ausgeprägter zeigt sich diese Erkenntnis. So stossen die Gemeinden besonders im Zuge ihrer Wachstumsbemühungen an ihre Grenzen und laufen dabei Gefahr, einen politischen Spagat zu begehen, welcher zwar gut gemeint, in Wirklichkeit aber zu Konflikten und letztlich Unzufriedenheit gegenüber der Behörde führt.

In diesem Spannungsfeld wird die Bevölkerung seitens der Behörde immer wieder aufgefordert, sich einzubringen und aktiv am politischen Geschehen zu beteiligen. Dieser Appell ist berechtigt. Dennoch bleiben die Reaktionen angesichts der umgekehrten Erwartungshaltung sowie des um Vertrauen kämpfenden Milizsystems aber meistens aus.

Ich stelle auch vermehrt fest, dass die Bevölkerung mit ihrer Behörde oft unzufrieden ist, die Faust im Sack macht oder sich vergebens um Veränderung bemüht. Vielleicht ist es auch Resignation, welche dazu führt, dass der Widerstand ungleich spürbar ist. Ein grosser Teil der Bevölkerung hat sich aus der Politik zurückgezogen und damit abgefunden, dass sich aufgrund der lokalen Gegebenheiten in absehbarer Zeit kaum etwas ändern wird. Ihr Interesse gilt den sozialen Kontakten oder ganz einfach dem persönlichen Wohlergehen, was ich nicht beanstanden kann.

Die Entfaltung des politischen Gemeinwesens bleibt dadurch aber aus und die Bevölkerung wiederum gibt sich angesichts der unbefriedigenden Situation mehr oder weniger frustriert. Kurz: eine lästige Situation, die selbst die Hoffnungsfreudigen nicht gleichgültig lässt.

Kanton: Auf Stufe Kanton gibt sich der Regierungsrat seit Jahren bemüht, Voraussetzungen zu schaffen, welche die Prosperität des Kantons fördern. Trotz Teilerfolgen (siehe Regierungsprogramme 2003 – 2007, 2007 – 2011 und 2012 – 2015), blieben die grossen Entwicklungsschritte aus. Das Thema „Strukturen von Kanton und Gemeinden“ wurde über Jahre hinausgezögert mit der ursprünglichen Begründung, dass der Anstoss für Veränderungen „von unten“ kommen muss. Offensichtlich fehlte aber auch der Mut, sich diesem Thema konkret anzunehmen – verständlich oder nicht, geben Vorbereitung und Umsetzung doch zweifellos viel zu tun. Kommt dazu, dass man sich exponieren und die Lorbeeren verdienen muss.

Mit dem neuen Regierungsprogramm hat sich der Gesamtregierungsrat nun endlich geoutet. Wir dürfen somit gespannt sein, ob er sich auch mit Leib und Seele engagiert. Seiner Willensäusserung für eine Totalrevision liegen zwar nachvollziehbare Überlegungen zu Grunde, ob diese für neue Strukturen auch wirklich zielführend sind, möchte ich zum jetzigen Zeitpunkt, wie erwähnt, noch offen lassen. Persönlich erwarte ich jedenfalls, dass er in dieser Angelegenheit beherzt den Lead übernimmt.

Gemeinden: Wie im Anschluss an den Workshop der Gemeindepräsidien-Konferenz mit dem Beratungsunternehmen PwC vom 1. Oktober 2015 zu erfahren war, unterstützen die Gemeinden zwar die laufenden Strukturdiskussionen, wollen von Fusionen aber weiterhin nichts wissen. Zur Frage, ob aktuell ein Handlungsbedarf besteht, zeigt die abschliessende Umfrage, dass sich „Ja“ und „Nein“-Stimmen etwa die Waage halten. Es scheint, dass der Leidensdruck vielerorts (noch) zu gering ist. Entsprechend hat das Thema in den Räten keine hohe Priorität. Hingegen identifiziert eine deutliche Mehrheit noch Potenzial für die weitere Stärkung von Kooperationen. Den Möglichkeiten zu Kooperationen werden jedoch auch deutlich Grenzen gesetzt, gibt es doch „heilige Kühe“ an Bereichen, in welchen kaum eine Chance für Kooperationen gesehen wird, wie z.B. die Primarschule.

Ich meine, es ist schon erstaunlich, wie bockig sich manche Gemeindebehörden dem Thema „Strukturreformen“ gegenüber verhalten, obwohl das Bewusstsein an die steigenden

Anforderungen nachweislich vorhanden ist. Ein Grund liegt sicher in der Verschiedenheit der Gemeinden und manifestiert sich u.a. in teils unterschiedlichen Herangehensweisen, Denkansätzen oder dem anders gewachsenen Gemeindeleben. So weit, so gut. Irgendwie kann ich mich mit dieser Antwort aber nicht zufrieden geben. Ich frage mich deshalb etwas philosophisch, wer denn die Gemeinden überhaupt sind und komme zu einem nicht überraschenden Schluss.

Gehen wir davon aus, dass die Einwohner, der Souverän, die Basis einer Gemeinde bildet und die Behörde dazu dient, die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben zu erfüllen, dürfte somit auch die Frage nach der politischen Rangordnung geklärt sein. Genau darum ist für mich die mehrheitlich ablehnde Haltung der Gemeindebehörden um so unverständlicher. Sie stellt zwar immer wieder das Wohl ihrer Bürger in den Vordergrund, läuft im Gegenzug aber Gefahr, Partikularinteressen zu vertreten und dabei die Möglichkeiten zur Verbesserung der für die Bevölkerung nötigen Strukturen zu unterschätzen. Vielleicht erkenne ich die gut gemeinten Absichten einzelner Gemeinden und freue mich, wenn ich eines Besseren belehrt werde.

Zum Schluss bleibt wohl wirklich die Frage, wie hoch der Leidensdruck noch werden muss, bis sich auf Gemeindeebene etwas bewegt? Tatsache ist, dass der politische Prozess nicht mehr aufzuhalten ist. Erfreulich und ebenso erwähnenswert sind deswegen die Erkenntnisse im Kanton Glarus, wo die Entwicklung seit der Aufteilung in die drei Gemeinden Glarus Nord, Glarus und Glarus Süd folgendes gezeigt hat:

- a) Bei allen drei Gemeinwesen wurde ein deutlich positives Ergebnis bei der finanziellen Leistungsfähigkeit und der Professionalität der Verwaltung erreicht.
- b) In der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden wurden dank organisatorischen und strukturellen Vereinfachungen erhebliche Fortschritte erzielt.
- c) Die Bevölkerung ist gemäss Umfrage mit den politischen Behörden und dem Leben in ihrer Gemeinde insgesamt zufriedener.

Die positive Entwicklung überrascht mich nicht und soll uns motivieren, den eingeschlagenen Weg konsequent weiterzugehen, auch wenn Glarus mit Ausserrhoden nicht ganz vergleichbar ist. Und doch gibt es Parallelen. Wir können angesichts der Erfolg versprechenden Perspektiven also weiter zuversichtlich sein. In diesem Sinne schliesse ich meinen Bericht mit einem Motivationszitat von Haris Halkic: "Gemeinsam sind wir stark, alleine gehen wir unter." Danke für Ihre Aufmerksamkeit.